

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Cansu Özdemir,  
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,  
Metin Kaya, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen  
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Corona-Pandemie: bilanzieren, analysieren, validieren und präventiv  
planen – Mitsprache und Beteiligung mit einem Corona-Rat sicherstellen!**

Nach nunmehr 18 Monaten Pandemiegeschehen befinden wir uns gerade mitten in der vierten Welle, die gekennzeichnet ist von der hoch ansteckenden Delta-Variante. Während zwischenzeitlich 60,7 Prozent der Hamburger Bevölkerung vollständig geimpft sind und das Impfen für Jugendliche ab zwölf Jahren nun seitens der STIKO empfohlen wurde und anläuft, sind die Kinder und Jugendlichen unter zwölf Jahren dem Infektionsgeschehen schutzlos ausgeliefert. Auch wenn wissenschaftliche Erkenntnisse darauf hinweisen, dass deren Krankheitsverläufe weit überwiegend milde ausfallen, werden zunehmend Studienergebnisse bekannt, die von steigenden problematischen Langzeitwirkungen (Long Covid) berichten. Hier sehen wir eine große Verantwortung, im Sinne eines ausreichenden Gesundheitsschutzes der Kleinen präventive schulische Konzepte zu realisieren.

Die zurückliegenden anderthalb Jahre der Pandemie sind geprägt von allergrößter Sorge vieler Menschen um ihre Gesundheit, um ihre Existenz, um ihre Zukunft. Über 1.600 Hamburger/-innen haben ihr Leben verloren, viele ihre Arbeit, ihr Geschäft, ihre Lebensgrundlagen. Sie sind aber auch geprägt von unzähligen politischen Debatten in der Bürgerschaft um die richtigen und angemessenen Maßnahmen, immer im Spannungsfeld zwischen unbedingtem Gesundheitsschutz und Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte.

Zudem haben die monatelangen Schulschließungen, die Einschränkungen im Kita-Betrieb und in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gezeigt, dass viele Kinder, Jugendliche und ihre Familien ohne direkte Angebote und Unterstützung in große Not gerieten. Soziale Ungerechtigkeit hat sich unter den Pandemiebedingungen deutlich verschärft. Das führt bei vielen in der Politik, aber auch bei Eltern, Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften zu dem erklärten Willen, dass sich solch massive Maßnahmen nicht wiederholen dürfen.

Die hart von Corona getroffene Veranstaltungsbranche, Gastronomie, Kultureinrichtungen und das Kleingewerbe haben trotz ausgetüftelter Hygienekonzepte viele Monate auf Einnahmen verzichten müssen. Nun hat der rot-grüne Senat gerade die sogenannte 2G-Regel erlassen, die von den Betroffenen auf der einen Seite zwar begrüßt wird, weil sie eine gewisse Handlungs- und Planungssicherheit erhalten, aber durchaus auch kontrovers diskutiert wird, weil sie bestimmte gesellschaftliche Gruppen ausschließt.

Die Chronik der letzten Monate ließe sich beliebig weiterführen. Eines aber kennzeichnet die vergangenen Auseinandersetzungen um Maßnahmen, Regeln und Eingriffe in unsere persönlichen Grundrechte, nämlich die fehlende demokratische Legitimation und Mitbestimmung als Grundlage für all diese politischen Entscheidungen. Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits im April und dann noch einmal im Oktober 2020

in einem Antrag die Einrichtung eines Corona-Rates gefordert, um eine breite zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Beteiligung und Mitsprache am Zustandekommen der Corona-Schutzmaßnahmen zu erreichen.

Es gab in all der Zeit auch von Hamburgerinnen und Hamburgern selbst, von Verbänden, Initiativen, Schulgemeinschaften, Gewerkschaften die Kritik mangelnder Kooperation und Beteiligung. Der Senat lehnte dieses Ansinnen stets ab mit dem Argument, die schwere krisenhafte Lage würde keinen Spielraum bieten für vermeintlich langwierige Diskussionsprozesse. Stattdessen etablierte er eine Verkündungspolitik per Videopressekonferenzen und verteidigte die von ihm verhängten Maßnahmen nachträglich im Parlament.

Die Pandemie ist auch nach über 18 Monaten nicht vorbei. Es darf trefflich darüber gestritten werden, ob überhaupt jemals von einem wirklichen Ende gesprochen werden kann, ob vielmehr eher von einer bestimmten Durchseuchungssituation ausgegangen werden muss und wie alle „mit dem Virus leben lernen“ müssen. Wie dem auch sei und unabhängig davon, wie wir diese Fragen beantworten werden, steht relativ sicher fest, dass die Corona-Pandemie nicht die letzte in unserem Jahrhundert gewesen sein wird.

Deshalb erneuern wir zum dritten Mal unsere Forderung und Erwartung an den Senat, ein Beteiligungsgremien zu schaffen, in dem eine wissenschaftlich basierte Analyse der Pandemie erarbeitet wird, die einzelnen Maßnahmen validiert und Erkenntnisse darüber abgeleitet werden, wie der nächsten Pandemie besser vorbereitet begegnet werden kann und auch muss.

Die Zeit ist reif und vorhanden.

#### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

##### **Der Senat wird aufgefordert,**

- a) umgehend einen Corona-Rat zu bilden bestehend aus Vertretern/-innen des Senates, der Regierungs- und Oppositionsfraktionen, aus der Wissenschaft, insbesondere den medizinischen Fachbereichen, und der Zivilgesellschaft. Dazu gehören Vertretungen der Geistes-, Rechts- und Naturwissenschaften und aus Gewerkschaften, Kammern, Arbeitgeber/-innenverbänden, Umweltverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Interessensvertretungen (Pflegebündnis) und migrantischen Selbstorganisationen.

Er tagt mindestens zweimal pro Monat und hat die Aufgabe, auf Grundlage valider Daten und wissenschaftlicher Erkenntnisse die zurückliegenden und teils noch bestehenden Maßnahmen auszuwerten und deren Wirksamkeit darzulegen.

Darüber hinaus wird er beauftragt, in eingehender Analyse der Krise Konsequenzen aus dieser zu ziehen und daraus ableitend Vorschläge für nachgelagerte politische Entscheidungen zu erarbeiten. Dazu gehört auch, einen Vorschlag für ein Präventionsprogramm in Anbetracht möglicher zukünftiger Krisen ähnlichen Ausmaßes vorzulegen.

- b) dem Parlament und den zuständigen Fachausschüssen laufend Bericht zu erstatten, beginnend mit dem 01.10.2021.